



Bundestags- brief

Nr.208 •Die Woche im Bundestag• 10.03.2017



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222

Fax:030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Eine große Ehre: Erneute Nominierung im Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf

Seit 2005 vertrete ich den Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf im Deutschen Bundestag. Es ist mir deshalb eine große Freude und Ehre, dass die CDU Wuhletal mich am 20. Februar 2017 erneut und sogar einstimmig als Wahlkreiskandidatin für unseren Bezirk nominiert hat.

Für dieses Vertrauen und die große Unterstützung bedanke ich mich sehr herzlich. Wir haben in den vergangenen vier Jahren im Bund einiges bewegen können für unseren Bezirk:

Wir haben dafür gesorgt, dass von der Bundesebene positive Impulse für Wachstum und Beschäftigung in unserem Bezirk ausgehen. Die wirtschaftliche Entwicklung im Wuhletal kann sich sehen lassen.

Außerdem konnten wir erfolgreich dafür werben, dass unser Bezirk von Infrastrukturinvestitionen des Bundes profitiert. Die Ortsumfahrung Ahrensfelde wurde im Bundesverkehrswegeplan berücksichtigt, und ihre Realisierung wird ein ständiges Stauproblem im Wahlkreis lösen. So werden zum einen Anwohner vom Verkehrslärm entlastet, und zum anderen erhalten die Unternehmen in unserem Bezirk mehr Planungssicherheit und eine bessere Verkehrsanbindung. Insgesamt stehen mehr als 44 Millionen Euro für diese Maßnahme im Bundesverkehrswegeplan bereit. Ich hoffe sehr, dass es mit diesen Mitteln möglich sein wird, eine Planung zu realisieren, die die Interessen aller in einen fairen Ausgleich bringt.

Darüber hinaus habe ich mich sehr darüber gefreut, dass es uns in den letzten Jahren immer wieder gelungen ist, ehrenamtlichen Initiativen in unserem Wahlkreis zu Anerkennung und zum Teil auch zu erheblichen finanziellen Förderungen zu verhelfen.

Ein echter Höhepunkt war der Besuch von unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel im Don-Bosco-Zentrum in Marzahn-Nord. Dort kümmern sich die MitarbeiterInnen vorbildlich um junge Menschen, die anderswo keine Chance mehr erhalten. Sie führen sie mit großem Engagement auf einen Weg zurück in die Mitte unserer Gesellschaft. Für dieses Engagement in dem doch schwierigen Umfeld im Marzahn Norden bin ich dankbar, zeigt es doch, dass die Gesellschaft sich nicht zurückzieht und wegschaut, sondern dass sie bereit ist, die Menschen dort abzuholen, wo sie sind. Seit langem unterstütze ich das Team um die Leiterin Schwester Margareta in ihrer Arbeit und habe mich über die Anerkennung, die aus dem Besuch der Bundeskanzlerin sprach, deshalb sehr gefreut.

Richtig ist aber auch, dass wir in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen stehen. Für uns im Bezirk Marzahn-Hellersdorf wird von großer Bedeutung sein, dass wichtige verkehrspolitische Projekte endlich vorankommen. Die Eröffnung des BER und die Realisierung der TVO sind für die Entwicklung des Clean-Tech-Businessparks von zentraler Bedeutung. Als Landesvorsitzende der Berliner CDU, aber hoffentlich auch weiterhin als Mitglied des Deutschen Bundestages werde ich den Senat daher nicht aus seiner Verantwortung bei der Vollendung dieser beiden Projekte entlassen.

Zunächst steht für uns aber die Eröffnung der IGA am 13. April 2017 in den Gärten der Welt an. Die IGA ist die einmalige Chance, unseren Bezirk einem großen Publikum von seiner besten Seite zu präsentieren. Wir werden zeigen, dass so manches Klischee der Wirklichkeit nicht gerecht wird. Marzahn-Hellersdorf ist ein Berliner Bezirk im Kommen. Und darauf freue ich mich ganz besonders!

Gegenwärtiges Verhältnis zur Türkei

Um es klipp und klar zu sagen: Die Nazi-Vergleiche des türkischen Präsidenten Erdogan sind inakzeptabel und klar zurückzuweisen. Wer das demokratische Deutschland mit dem des Nationalsozialismus gleichsetzt, überschreitet jedes Maß. Er relativiert damit auch in unerträglicher Weise die furchtbaren Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus.

Der Umgang mit der Türkei ist ein emotionales Thema, das die Menschen in Deutschland sehr bewegt. Wir wollen nicht, dass innertürkische Konflikte in unserem Land ausgetragen werden.

Wir müssen jedoch einen kühlen Kopf bewahren, um eine Spirale der Eskalation zu vermeiden und Erdogan nicht in die Opferrolle hineinzutreiben, die er für seine politischen Zwecke in der Türkei braucht.

Die oberste politische Tugend ist die Klugheit. Und politisch klug ist es, zu unseren Werten wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die uns in Deutschland stark machen, zu stehen. Deshalb macht es keinen Sinn, ein generelles Versammlungsverbot mit Auftritten türkischer Regierungsmitglieder in Deutschland zu verhängen, solange Recht und Gesetz eingehalten werden und solange im Voraus klar ist, wer zu einer Veranstaltung als Redner kommt. Wer aber in unserem Land bei Veranstaltungen uns als faschistisch beschimpft, der ist hier unerwünscht.

Das hat nichts mit Duckmäusertum oder Erpressbarkeit zu tun, wie allenthalben zu lesen ist. Deutschland ist von der Türkei nicht erpressbar. Das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei ist auch in türkischem Interesse, weil mehrere Milliarden Euro für die Versorgung der in der Türkei lebenden Flüchtlinge fließen und dem menschenunwürdigen Schlepperunwesen in der Ägäis ein Ende bereitet wurde. Die Türkei hat erhebliche wirtschaftliche Probleme, weshalb sie auf die Zusammenarbeit mit der EU angewiesen ist. Daher sollten wir dieses Gerede von der angeblichen Erpressbarkeit der Bundesregierung bleiben lassen. Es wird vom Wiederholen nicht richtiger.

Wir sollten bei all dem nicht vergessen: Die Türkei ist nicht gleich Präsident Erdogan. Es gibt viele menschliche Bindungen und Freundschaften zwischen Deutschen und Türken, es

gibt viele Bürger mit türkischen Wurzeln in Deutschland. Uns ist an einem guten Verhältnis mit ihnen und an einem inneren Frieden in unserem Land gelegen.

Wir schauen nach vorne, die SPD zurück

Die SPD schickt sich an, den vierten Bundestagswahlkampf mit der Agenda 2010 zu führen. Wenn die Sozialdemokraten eine „Agenda rückwärts“ wollen, sollen sie es gerne damit versuchen. Das geht an den tatsächlichen Herausforderungen unseres Landes, an den Sorgen der Menschen vorbei.

Wir treten damit an, die Bürgerinnen und Bürger mit unseren Ideen für Deutschland 2025 zu gewinnen. Wir schauen nach vorne, wir ruhen uns auf unseren Erfolgen der letzten Jahre nicht aus. Wir treten für eine starke Wirtschaft auch im Zeitalter der Digitalisierung ein. Wir wollen erst das Geld erwirtschaften und es dann den Schwachen in unserer Gesellschaft zugutekommen zu lassen und nicht umgekehrt wie die SPD.

Mit erfolgreichem Wirtschaften sorgen wir für die Grundlage einer sicheren Rente und eines guten Gesundheits- und Pflegesystems. Wir werden in die innere Sicherheit weiter massiv investieren und Deutschland mit unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel sicher durch international unruhige Zeiten führen. Schließlich werden wir vor allem für Familien etwas tun, um sie zu entlasten und ihren Alltag konkret zu erleichtern.

Faktencheck Agenda 2010

Seit Einführung der Reformagenda fiel die Zahl der Arbeitslosen von mehr als fünf Millionen Anfang 2005 auf rund 2,76 Millionen im Februar 2017.

Forscher der Universität Mainz führen diese Entwicklung unter anderen auf die bessere Vermittlungsarbeit zurück, die alleine für die Senkung der Arbeitslosenrate um zwei Prozentpunkte verantwortlich sei. Im Zuge des Umbaus der Arbeitsbehörden kamen statistisch gesehen deutlich weniger Arbeitslose auf einen Vermittler. Im selben Zeitraum entstanden 2,7 Millionen neue, unbefristete und sozialversicherte Jobs.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft Köln)